

Inhaltsübersicht

- Nordkorea-Expertengespräch in der IGFM am 13. März 2017 – S. 1
- Das Leiden der Kinder in Nordkorea – S. 3
- IGFM bei der 34. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats – S. 5
- Sklavenarbeiter an Europas Ostsee: Deutsche Firmen verdienen kräftig mit – S.6
- Nordkorea simuliert Schautötung von US-Soldaten – S. 8
- Cyberattacken: Nordkorea raubt Banken aus – S. 9
- Wie Nordkorea die UN-Sanktionen umgeht – S. 10
- Neue Finanzsanktionen gegen Nordkorea geplant – S. 12
- Appell-Aktion für Flüchtlinge aus Nordkorea – S. 13

Bitte unterstützen Sie unseren Appell an die chinesische Regierung gegen die Auslieferung nordkoreanischer Flüchtlinge an das nordkoreanische Regime!



Kim Jong-un spielt Massenvernichtung und versetzt die Weltgemeinschaft in Angst und Schrecken: Agonie ist nicht die richtige Antwort. IGFM-Aktivisten wollen aufrütteln. Bild: IGFM.

Nordkorea-Expertengespräch bei der IGFM am 13. März 2017

Am 13. März 2017 lud die IGFM zu einem Expertengespräch über Nordkorea in die Geschäftsstelle nach Frankfurt ein, um über Menschenrechtsverletzungen in und durch Nordkorea zu sprechen. Zu Gast war der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages Prof. Dr. Matthias Zimmer MdB (CDU). Aus Manchester angereist war die Gründerin und Vorsitzende der Europäischen Allianz für Menschenrechte in Nordkorea (EAHRNK) Jihyun Park. Sie stammt selbst aus Nordkorea und wurde in mehreren Lagern gefangen gehalten, bevor ihr schließlich die Flucht bis nach Großbritannien gelang. Jihyun Park möchte auf das schwere Schicksal der nordkoreanischen Flüchtlinge aufmerksam machen, die als „illegale“ im chinesischen Untergrund leben. Bitte beachten Sie die Appellaktion auf Seite 13. IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin moderierte den Austausch und stellte die Arbeit der IGFM vor.



V.v.n.l.: Matthias Zimmer MdB (CDU), Martin Lessenthin (Vorstandssprecher der IGFM), Jihyun Park, Alex Yulbin Kim, Heinz Ernst, Michaela Koller.

Bild: IGFM.

„Menschenrechtsverletzungen werden immer virulenter.“



Jihyun Park auf der 45. Jahresversammlung der IGFM 2017.

Bild: IGFM.

Matthias Zimmer: Deutschland darf nicht in die Defensive geraten

Prof. Matthias Zimmer erläuterte zunächst die Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages. Er stellte fest, dass Menschenrechtsverletzungen immer virulenter würden und Deutschland in diesem Diskurs zunehmend in die Defensive gerate. Inzwischen müssten selbst die Regierungen befreundeter Staaten an die Unverletzlichkeit der Menschenrechte erinnert werden. Resolutionen zur katastrophalen Menschenrechtslage und die Auseinandersetzung mit dem skandalösen Einsatz nordkoreanischer Arbeitssklaven im EU-Staat Polen seien wichtige Themen der Menschenrechtspolitik. Nach Erkenntnissen der IGFM arbeiten ca.

62.000 Nordkoreaner in etwa 50 Ländern unter sklavenartigen Bedingungen im Ausland. Etwa 800 Nordkoreaner werden im EU-Staat Polen ausgebeutet, rund 29.000 in Russland, 18.000 in China, 3.700 in Kuwait und 2.800 in Katar.

Jihyun Park: Nordkoreanische Flüchtlinge werden in China ausgebeutet

Jihyun Park berichtete über die Ausbeutung nordkoreanischer Flüchtlinge in der Volksrepublik China. Obwohl das demokratische Südkorea bereit wäre, alle Landsleute aus dem Norden bereitwillig aufzunehmen, lässt die chinesische Regierung Flüchtlinge, die über die nördliche Landesgrenze von Nordkorea aus nach China geflohen sind nicht weiterreisen.

Im Gegenteil: Die chinesischen Behörden brechen aktiv das Völkerrecht, indem sie Prämien auf den Kopf nordkoreanischer Flüchtlinge aussetzen und aufgegriffene Flüchtlinge

„Die chinesischen Behörden brechen aktiv das Völkerrecht.“

zurück nach Nordkorea abschieben. Dort drohen ihnen nicht nur Lagerhaft, Folter oder sogar die Hinrichtung; besonders perfide ist der Umgang mit zurückgeschickten Frauen. Diese müssen sich zurück in Nordkorea schmerzhaften Untersuchungen ihrer Körper auf Schmuggelware unterziehen. Für den Fall, dass bei der Untersuchung eine Schwangerschaft festgestellt wird, droht den Frauen eine Zwangsabtreibung, die nicht nur eine massive psychische Belastung darstellt, sondern unter dem Gesichtspunkt der mangelnden ärztlichen und gesundheitlichen Versorgung innerhalb des Landes sehr gefährlich für deren Leib und Leben ist.

Die genaue Zahl nordkoreanischer Flüchtlinge innerhalb Chinas ist unbekannt. Sie liegt möglicherweise bei 200.000. Die große Mehrheit von ihnen – etwa 80 Prozent – sind Frauen und Mädchen. Schlepperbanden versprechen ihnen Arbeit als Haushaltshilfen oder in der Landwirtschaft. Fast alle von ihnen werden aber an Bordelle oder an Chinesen als "Ehefrauen" verkauft. Aus großer Verzweiflung heraus unternehmen Menschen die gefährliche Flucht aus Nordkorea, was sie allerdings im nahegelegenen China erwartet ist keinen Deut besser als das unterdrückerische System vor dem sie zu fliehen versuchten.

Das Leiden der Kinder in Nordkorea

Kinder in Nordkorea sehen sich schwierigen Verhältnissen ausgesetzt. Obwohl Nordkorea den UN-Zivilpakt, den UN-Sozialpakt und auch die UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert hat, ist bekannt, dass die Rechte von Kindern in Nordkorea kaum geschützt werden.

„Kinder in Nordkorea leiden unter chronischer Mangelernährung.“

die Wohlfahrt der Kinder sich unter der Politik der „liebvollen Zuwendung des erhabenen Führers Kim Jong-un“ auf eine neue Ebene erhoben habe. Ungeachtet dieser propagandistischen Phrasen befinden sich Kinder jedoch generell in einem sehr schlechten gesundheitlichen Zustand.

Mangel an Nahrung und Medikamenten

Das Leben und die Entwicklung von Kindern in Nordkorea sind nach wie vor durch chronische und schwere Mangelernährung geprägt. Dazu kommen Atemwegserkrankungen, Magen-Darm-Erkrankungen



Die UN-Kinderrechtskonvention wird in Nordkorea nicht eingehalten, obwohl das Land sich dazu verpflichtet hat.

Bild: ICFM.

vom UN-Länderteam Nordkorea, ist Mangelernährung ein Hauptgrund für Kinder- und Müttersterblichkeit sowie Erkrankungen dieser Bevölkerungsgruppe. Die nationale Ernährungsumfrage aus dem Jahr 2012 (National Nutrition Survey) kommt zu dem Ergebnis, dass 27,9 Prozent aller Kinder unter fünf Jahren chronisch mangelernährt sind. Nordkoreas Kinder leiden Mangel an Medikamenten und Nahrungsmitteln. Diese Mangelversorgung ist gerade für Heranwachsende ein Problem, welches sie in deren körperlicher Entwicklung so stark beeinträchtigen kann, dass sie bis ins Erwachsenenalter Schäden davontragen könnten.

Im April 2016 hat Nordkorea erneut einen Bericht an den UN-Kinderrechtsausschuss übermittelt. In diesem Bericht erklärte die Regierung, dass im Zeitraum 2008-2015 die Kinderrechte in Nordkorea zu ihrer vollen Verwirklichung gekommen seien, und dass

und eine mangelnde Versorgung mit Medikamenten. Der Kinderrechtsausschuss kritisiert diese Zustände schon seit längerer Zeit. Nordkorea hat gemeldet, dass in Sachen Mutter- und Kinderschutz, z.B. bei der vor- und nachgeburtlichen Versorgung, durch die Einrichtung von Bezirkspraxen Fortschritte gemacht worden seien. Ebenso werde Mutterschaftsurlaub vor und nach der Geburt eines Kindes ermöglicht. Viele Aussagen von Geflohenen widersprechen jedoch diesen Darstellungen. Hiernach existiere das bezirksärztliche System vor allem auf dem Papier und werde den Anforderungen nicht gerecht.

Gemäß des Berichts „Nordkorea 2016: Bedürfnisse und Prioritäten“, angefertigt

Die Lage von Kindern mit Behinderungen

In Bezug auf behinderte Menschen gibt die Regierung an, diese durch eine Regelung in der nordkoreanischen Verfassung zu schützen. Nach vielen Berichten wird diese Regelung jedoch kaum beachtet. Artikel 15 des nordkoreanischen Bildungsgesetzes (Education Act) setzt fest, dass lokale Regierungsstellen sicherstellen sollen, dass Kindern, die in abgelegenen Bergtälern, auf Inseln oder in sonstigen abgelegenen Gebieten leben, kostenloser Pflichtunterricht gewährt werden soll, und dass behinderte Kinder ein Recht auf höhere Schulbildung haben. In der Wirklichkeit werden die Regeln des Art. 15 jedoch nicht nur nicht eingehalten; behinderten Menschen wird gar verboten, in der Hauptstadt Pjöngjang zu leben. In Nordkorea wird auch anders mit Begriffen hantiert: Es werden Begriffe wie „Krüppel“ benutzt.

„Es gibt kaum Spezialschulen für behinderte Kinder.“



Propaganda in einer nordkoreanischen Grundschule.

Bild: By (stephan) - Propaganda Poster. North Korea., CC BY-SA 2.0.

Nordkorea gibt im aktuellen Bericht an den Kinderrechtsausschuss an, die Zahl behinderter Kinder in der Altersspanne von 0 bis 15 Jahren läge bei nur 0,9 Prozent. Diese Angabe ist höchst zweifelhaft. Aktuell herrscht akuter Mangel an Spezialschulen für behinderte Kinder. Insgesamt gibt es nur elf solcher Art, darunter acht Schulen für Taube in den Städten Sambong, Sijung, Hamheung, Unjeon, Seongcheon, Bongsan, Boncheon und Wonsan, und drei für Blinde in Hamheung, Daedong und Bongcheon.

Die Regierung gibt an, dass die Schulen in Betrieb seien. Es ist aber höchst fraglich, ob sie angesichts der wirtschaftlichen Lage Nordkoreas auch angemessen ausgestattet sind. In der Provinz Yanggang gibt es keine Spezialschule.

Im März 2013 hatte Nordkorea Interesse bekundet, ein Rehabilitationszentrum für Kinder mit Behinderungen in Pjöngjang zu errichten. Dort sollten sowohl Früherkennung als auch Genesung von Kindern, die von körperlichen und geistigen Behinderungen betroffen sind, stattfinden. Kinder außerhalb Pjöngjangs würden jedoch keinen Zugang zu dem Zentrum haben, da Pjöngjang aufgrund der schwachen Infrastruktur des Landes für die meisten Bewohner nur schwierig zu erreichen ist.

„Der Bildungsauftrag der Schulen dreht sich um die Rechtfertigung von Kim Jong-un's Regime.“

Propaganda in Schulen und Kindergärten

Ihren totalitären Machtanspruch treibt die nordkoreanische Regierung bis hinunter in die Schulen und Kindergärten. Das nordkoreanische Bildungssystem fungiert als Grundpfeiler der Propagandamaßnahmen gegen das eigene Volk. Der Bildungsauftrag der Schulen dreht sich um die Rechtfertigung von

Kim Jong-un's Regime. Zentral hierbei ist der Ideologieunterricht. Die Geschichte der antijapanischen Bestrebungen der Kim-Dynastie sowie die von Kim Il-sung durchgeführte „Revolution“ werden vom Kindergarten an bis in die weiterführende Schule als wichtigstes Fach unterrichtet. Die Regierung betreibt in den Schulen darüber hinaus auch Militärerziehung unter dem Titel „Military Activity for Beginners“, obwohl der Kinderrechtsausschuss dies nachdrücklich kritisiert.

Genf:

UN-Menschenrechtsrat will Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea eingehend untersuchen

Vom 6.-10. März 2017 besuchte das Nordkorea-Team der IGFM gemeinsam mit Partner der südkoreanischen Organisation PSCORE die 34. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats in Genf. Der Menschenrechtsrat beschloss dieses Jahr eine Resolution, wonach der internationalen Gemeinschaft nahegelegt wird, die Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea eingehender zu untersuchen. Die Resolution bezog sich auf den Bericht eines UN-Untersuchungsausschusses, wonach in Nordkorea Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen werden.



34. Sitzung des UN-Menschenrechtsrats. Links im Bild: Alex Yulbin Kim, Mitarbeiter bei der IGFM aus Südkorea.

Bild: IGFM.

Ermittlung der Verantwortlichen in Nordkorea

Im Detail sieht die Resolution Methoden und Verfahrensweisen vor, die im Zeitraum der nächsten zwei Jahre die für die Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen ermitteln sollen. Hierzu sollen beispielsweise die Befugnisse des Büros für Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea beim Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte ausgeweitet werden. Darüber hinaus sollen die Bestimmungen zur Datensammlung und -auswertung verbessert werden, indem zukünftig Rechtsexper-

„Die Verantwortlichen für die Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea müssen zur Rechenschaft gezogen werden.“

ten mit der Aufgabe betraut werden, Informationen und Beweismaterial für weitergehende Ermittlungsmaßnahmen zu sammeln. UN-Sonderberichterstatter für Nordkorea-Fragen Tomas Ojea Quintana merkte an, dass es leider keine schnellen Lösungsmöglichkeiten für die Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea gibt.

Das Team der IGFM besuchte während der Tagung mehrere Podiumsdiskussionen, welche sich thematisch um Fragen drehten, wie man beispielsweise die Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen in Nordkorea zur Rechenschaft ziehen kann. Den Erörterungen lag der Bericht von UN-Sonderberichterstatter Tomas Ojea Quintana über die Menschenrechtssituation in Nordkorea vor. An der Diskussion beteiligten sich Lee Jung-Hoon, südkoreanischer Botschafter für nordkoreanische Menschenrechte, Richter Michael Kirby, früherer Vorsitzender der Untersuchungskommission Nordkorea, Marzuki Darusman, vormaliger UN-Sonderberichterstatter in Bezug auf Menschenrechte in Nordkorea, Song Sang-Hyun, ehemaliger Präsident des Internationalen Strafgerichtshofs, Robert King, damaliger US-Abgesandter in nordkoreanischen Menschenrechtsfragen, und David Alton, Baron Alton of Liverpool.

Die IGFM begrüßt die Bestrebungen der UN, Ermittlungen gegen die Verantwortlichen in Nordkorea zu vertiefen sowie den Datenaustausch zu verbessern. Nur so kann sicher gestellt werden, dass auch Einzelpersonen nicht länger unter dem Deckmantel des Regimes Gräueltaten begehen können.

Frauen und Kinder in Nordkorea

Eine weitere Diskussion fand am 10. März unter der Überschrift „Schutzlos und ausgebeutet: Frauen und Kinder in Nordkorea“ statt. Hieran beteiligten sich UN-Sonderberichterstatter Quintana, Sonja Biserko, Mitglied der Ratsgruppe unabhängiger Experten für die Aufarbeitung des Unrechts in Nordkorea, ferner ein ehemaliges Mitglied der Untersuchungskommission und drei nordkoreanische Flüchtlinge: Choi Ju-Yeon hatte damals in einer nordkoreanischen Schule Zwangsarbeit zu leisten; Lee So-Yeon nahm Stellung in Bezug auf Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen und Kindern; Park Kyung-Ho erfuhr Ausbeutung in einem Waisenhaus und später in einer paramilitärischen Zwangsarbeitsbrigade (bezeichnet als *dolgyeokdae*). Yulbin Kim, ein Praktikant der IGFM, hatte auch einen Beitrag über das Propaganda- und Indoktrinationssystem in Nordkorea zu leisten, konnte allerdings wegen Zeitknappheit leider nicht mehr zu Wort kommen.



Sitzungssaal des Menschenrechtsrats in Genf.

Bild: IGFM.

Die IGFM begrüßt die Resolution des UN-Menschenrechtsrats in Genf. Die Resolution, welche das Unrecht in Nordkorea in seit 2003 unübertroffener Klarheit verurteilt, könnte dazu beitragen, dass Datenbestände zu Beweis Zwecken über die Verbrechen gegen die Menschlichkeit des nordkoreanischen Regimes angelegt werden. Die IGFM freut sich auch auf zukünftige Diskussionen im Menschenrechtsrat der UN und wird sich weiterhin tatkräftig für die Menschenrechtssituation in Nordkorea einsetzen.

Sklavenarbeiter an Europas Ostsee: Deutsche Firmen verdienen kräftig mit

Anfang 2016 veröffentlichte das Asia Centre der Universität Leiden eine Forschungsarbeit, wonach hunderte Nordkoreaner in europäischen Firmen zu Sklavenarbeiten gezwungen werden. Die Ausarbeitung konzentrierte sich auf das EU-Land Polen und führte mehr als ein dutzend polnischer Unternehmen auf, die in die Sklavenarbeiten verstrickt sind. Das polnische Außenministerium hat im Juni 2016 erklärt, keine Arbeitsvisa mehr an Nordkoreaner ausstellen zu wollen. Das Problem ist damit aber nicht gelöst, denn das Verbot trifft nur die zukünftige Visavergabe, nicht die Verlängerung noch bestehender Visa. Im Übrigen ist zu befürchten, dass die betroffenen Nordkoreaner nach Ablauf des Visums schwarz arbeiten werden. Auch für Deutschland besteht der Verdacht, dass Nordkoreaner hier schwarz arbeiten.



Remontowa-Werft an der polnischen Ostseeküste.

Bild: By Brosen - Own work, CC BY 2.5.

Verlegung der Sklaven in die Remontowa-Werft

Zu den polnischen Unternehmen, welche Nordkoreaner beschäftigt haben, zählen die Crist-Werft und die Nauta-Werft in Gdingen bei Danzig. In der Crist-Werft hatte es 2014 einen Arbeitsunfall gegeben, bei dem ein Nordkoreaner verstarb. Nachdem beide Werften daraufhin öffentlich unter Druck gerieten, haben sie die Nordkoreaner kürzlich entlassen – jedoch nicht in die Freiheit oder zurück nach Nordkorea. Nach Informationen des Leiden Asia Centre wurden die Arbeiter in der zweiten Jahreshälfte 2016 lediglich in die Remontowa-Schiffswerft verlegt, welche sich 15 Kilometer weiter südlich in der Danziger Innenstadt befindet.

Die Odyssee der nordkoreanischen Arbeiter geht in Polen also ungehindert weiter. Remontowa repariert nicht nur Schiffe, sondern baut auch in bedeutendem Umfang neue. Die Kunden kommen aus ganz Europa, teilweise auch von weiter weg. Hierzu zählen die norwegisch-schwedische Reederei Wallenius Wilhelmsen, die französische Brittany Ferries, C-Bed Floating Hotels aus den Niederlanden, Polferries (Polen) und Maersk, die größte Containerschiffsreederei der Welt.

„Selbst Airbus zählt zu den Kunden der Werft.“

Für bestimmte Projekte profitiert die Werft auch von Zuschüssen von der Europäischen Union. So wurde beispielsweise die Umrüstung der "Stena Germanica", einem Fährschiff, durch EU-Gelder unterstützt. Das Schiff gehört der schwedischen Stena Line, einem der größten Fährunternehmen der Welt. Stena hat auch 2017 wieder ein Schiff bei Remontowa. Letztes Jahr erhielt Remontowa einen Großauftrag der kanadischen BCFerries, dessen Abwicklung sich bis ins Jahr 2019 hinziehen wird. Selbst Unternehmen wie Airbus zählen zu den Kunden der Werft. Der Luftfahrzeughersteller hatte bei Remontowa dereinst ein Trägerschiff zum Transport von Teilen des Airbus A380 bestellt.

Deutschland liefert Schweißgeräte und Schalldämpfer

Auch deutsche Unternehmen haben Verträge mit Remontowa. So hat etwa das Schweißtechnikunternehmen Abicor Binzel, ansässig in Buseck bei Gießen, die Werft mit Schweißgeräten ausgestattet. Abicor Binzel gibt an, auch die Crist-Werft seit längerem mit Schweißgeräten zu beliefern. Gerade Schweißarbeiten werden typischerweise von Nordkoreanern übernommen.

„Die Odyssee der nordkoreanischen Arbeiter in Polen geht ungehindert weiter.“



Hier arbeiten nordkoreanische Sklaven.

Bild: By Brosen - Praca wlasna, CC BY 2.5.



Schweißbrenner – durch eines dieser Geräte starb 2014 ein nordkoreanischer Sklave in einer polnischen Werft.

Bild: Freemages.com/Alejandro Macias

men, weil sie anstrengend und gefährlich sind. Der 2014 bei Crist verunglückte Nordkoreaner war Schweißer – womöglich gerieten seine Kleider gar durch ein Schweißgerät deutscher Herkunft in Brand. Auch das deutsche Unternehmen LUHE-STAHL mit Sitz in Winsen bei Hamburg, welches sich auf die Schalldämmung von Abgasrohren spezialisiert hat, führt Remontowa in seinen Referenzen auf.

„Womöglich geriet Chon Kyongsu gar durch die Flammen eines deutschen Schweißgeräts in Brand.“

Wettbewerb verzerrt. Deutsche Reedereien beklagen sich bereits darüber, mit ihren Schiffen immer weitere Fahrtwege zurücklegen zu müssen, da die wenigen verbleibenden deutschen Werften kaum Kapazitäten haben.

Sklavenarbeit in polnischen Werften benachteiligt auch deutsche Werften. Die polnische Schiffsbauindustrie boomt wieder, während seit den 1990er Jahren immer mehr Werften in Deutschland geschlossen werden. Da nordkoreanische Sklaven für ihre Arbeit nur einen Bruchteil des Gehalts eines polnischen Facharbeiters bekommen, wird hierdurch der

Nordkorea simuliert Schautötung von US-Soldaten

Ende März 2017 hat das nordkoreanische Staatsmedium „DPRK Today“ ein neues Propagandavideo veröffentlicht, worin auf Bilder von US-Soldaten geschossen wird. Das Video zeigt Reihen von Schützen nordkoreanischer Armeeinghöriger bei Schießübungen. Die Kamera zoomt bisweilen nahe an die entschlossenen Gesichter der Schützen – darunter auch Frauen – heran, welche auf Zielscheiben schießen. Einige der Zielscheiben sind mit Fotoaufnahmen von US-Soldaten versehen, welche sich bei Auftreffen einer Kugel mit Blutspritzern rot verfärben. Gegen Ende des Videos werden Aufnahmen mehrerer Raketenstarts eingeblendet. Der Clip endet mit dem Foto einer Landkarte, welche mit dem Schriftzug „USA“ versehen ist und auf die sich mehrere Atomraketen im Anflug befinden.



Propagandavideo: Hier wird auf US-Soldaten geschossen.

Bild: „DPRK Today“

Es ist bei weitem nicht das erste Mal, dass Nordkorea sich in dieser Art und Weise verhält. Im März 2016 etwa hatte das Land einen vierminütigen Videoclip veröffentlicht, der den Einschlag einer Atomrakete in der US-Hauptstadt Washington darstellt. Wie auch bei den regelmäßigen Raketen- und Atomtests handelt es sich hierbei um wohldosierte Provokationen in Richtung der USA, Südkorea und Japan. Die IGFM verurteilt solche Aktionen und betrachtet sie als im Friedensprozess hinderlich. Insbesondere ist die IGFM der Ansicht, dass Nordkorea nicht in den Besitz von nutzbaren Atomraketen gelangen darf. Dies würde die ohnehin angespannte Lage in der Region um die koreanische Halbinsel womöglich zum Eskalieren bringen. Die seit den letzten Wochen laufende ständige Aufrüstung der amerikanischen Streitkräfte in der Region sowie weitere Waffentests seitens des nordkoreanischen Regimes rütteln nach Ansicht der IGFM bereits enorm am zerbrechlichen Frieden in der Region um die koreanische Halbinsel.

Cyberattacken: Nordkorea raubt Banken aus



Federal Reserve Bank New York – auf dort deponierte Konten wurde der Angriff verübt.

Bild: By Gryffindor - File:33 Liberty Street IMG 9062.JPG, CC BY-SA 3.0.

Ende März 2017 wurde bekannt, dass der Cyber-Angriff auf die Zentralbank von Bangladesch höchstwahrscheinlich von der nordkoreanischen Regierung in Auftrag gegeben wurde. Hierbei wäre beinahe eine Milliarde Dollar erbeutet worden. Trotz der Blockade der meisten Transfers entstand immer noch ein Schaden in Höhe von 81 Millionen Dollar.

Staatsanwälte aus Los Angeles sind der Ansicht, dass der Angriff der nordkoreanischen Regierung anzulasten ist. Selbige Anwälte hatten auch den Angriff auf Sony im Jahr 2014 untersucht. Bei der Attacke wurde ein seltener Software-Code verwendet, der die Ermittler auf die Spur nach Nordkorea brachte.

Neues Zeitalter der Cyberkriminalität

Hochrangige Vertreter des US-Geheimdienstes NSA halten dafür, dass Angriffe von Staaten auf Banken – sollten sich die aktuellen Informationen endgültig verifizieren

lassen – ein neues Zeitalter der Cyberkriminalität einläuten würden. Banken müssten sich zukünftig auch gegen Cyberattacken, welche von Staaten ausgeübt werden, wappnen.

Laut Sicherheitsexperten steckt eine Hackergruppe mit dem Namen „Lazarus“ hinter dem jüngsten Angriff. Ein Vertreter der Cybersicherheitsfirma Symantec weist darauf hin, dass sich die Angriffe auf Sony und auf die Zentralbank von Bangladesch gleichen. Attacken gab es indes nicht nur in Bangladesch, sondern auch auf Banken in Ecuador und Vietnam.

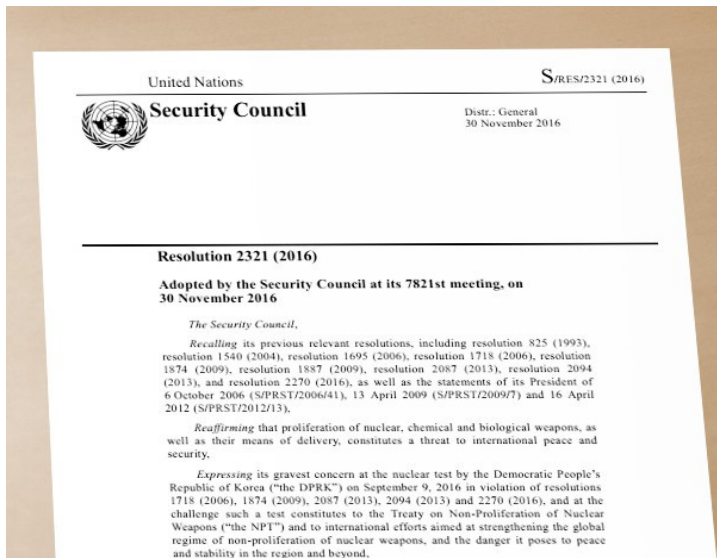
„Nordkorea schreckt nicht davor zurück, das weltweite Bankensystem zu unterwandern.“

Diesmal noch gingen die Hacker – trotz erfolgreichen Eindringens in die Sicherheitssysteme – in anderen Angelegenheiten stümperhaft vor. Viele Überweisungen erschienen den Bankmitarbeitern nur deshalb verdächtig, weil sie massenhaft Schreibfehler enthielten. Zudem verrietten sich die Angreifer da-

durch, dass sie eine Milliarde Dollar von einem Konto abheben wollten, welches gerade einmal 1,4 Milliarden Dollar enthielt. Auf solche Fehler kann man aber bei zukünftigen Angriffen nicht hoffen.

Nordkorea versucht seit Jahrzehnten, die leere Staatskasse durch Erwirtschaftung von Devisen im Ausland zu füllen. Hierbei schreckt das Regime offenbar auch nicht davor zurück, das weltweite Bankensystem zu unterwandern.

Wie Nordkorea die UN-Sanktionen umgeht



Resolution 2321 vom 30. November 2016 – die bislang letzte Resolution der Vereinten Nationen gegen Nordkorea. (aus Wikipedia)

Bild: ICFM.

Die Vereinten Nationen verhängten gegen Nordkorea erstmals 2006 Sanktionen, wonach jegliche Lieferungen von Raketen oder entsprechend nutzbaren Gütern nach Nordkorea verboten wurde. Nordkorea hatte kurz zuvor erstmals einen Raketen- und einen Atombombentest durchgeführt. Ebenso verboten wurde die Lieferung von bestimmten Kriegswaffen, -luftfahrzeugen und -schiffen. Zusätzlich wurde nordkoreanisches Auslandsvermögen teilweise eingefroren und Reiseverbote ausgesprochen. 2009, 2013 und 2016 wurden die Sanktionen ausgeweitet; es wurden mittlerweile auch Finanz- und Handelsanktionen eingerichtet, beispielsweise in Bezug auf Luxusgüter. Im ersten Quartal 2017 haben die Vereinten Nationen einen Bericht angefertigt, welcher erneut bestätigt, dass Nordkorea trotz der Sanktionen noch in großem Umfang an Geld und verbotene Güter kommt. Es besteht die Vermutung, dass die Sanktionen weitgehend ins Leere laufen.

Nordkoreas „Partnerstaaten“

Besonders bestimmte Staaten tun sich negativ hervor. So habe zum Beispiel Eritrea versucht, Kriegsausrüstung an Nordkorea zu liefern. Auch Luxusgüter finden ihren Weg trotz der Sanktionen oftmals nach Nordkorea. Hierzu werden Strohmänner in China eingesetzt, die die Waren dann mitunter über den Seeweg nach Nordkorea transportieren. Dies umfasst Konsumgüter wie Tabak und Alkohol, aber auch Computer, Uhren, Kosmetika und sogar Luxuslimousinen. Ein Problem besteht darin, dass es gemäß UN-Vorschriften von einzelnen Ländern abhängt, welche Waren als Luxusgüter gelten. In China gelte Alkohol beispielsweise nicht als Luxusware.

Das Kim-Regime betreibt in China über Landsleute oder chinesische Mittler ein Netzwerk von hunderten Firmen in allen möglichen Branchen.

„Es besteht die Vermutung, dass die Sanktionen gegen Nordkorea weitgehend ins Leere laufen.“



MiG 21: Nordkorea ist immer wieder in verbotene Lieferungen von Kampfflugzeugen verwickelt.

Bild: Wikipedia.

Banküberweisungen nach Nordkorea finden selten statt. Stattdessen werden die Einnahmen wieder in Waren und technische Güter investiert, die dann über die 1300 km lange und kaum zu sichernde gemeinsame Grenze Chinas und Nordkoreas nach Nordkorea geschmuggelt werden.

Nordkorea ist zwar offiziell eine Planwirtschaft, de facto hat sich das Kim-Regime zur Devisengewinnung im Ausland aber längst marktwirtschaftliche Strategien angeeignet.

„Ägypten, Brasilien, Griechenland, Kuba, Japan, Malaysia – überall treibt Kim sein Unwesen.“

Der Schmuggel nimmt mitunter große Dimensionen an: Nordkoreas Fluglinie Air Koryo ist es vor wenigen Jahren gelungen, zwei Linienflugzeuge zu erwerben. Die Zahlungen seien über ein kompliziertes Firmengeflecht abgewickelt worden. Insgesamt habe es 109 Zahlungen gegeben, an denen acht Firmen beteiligt waren.

Chinas zwielichtige Rolle

China ist nicht nur in verbotene Importe verwickelt. UN-Experten gehen davon aus, dass China auch dabei behilflich ist, Rüstungsexporte aus Nordkorea zu unterstützen. Es besteht der Verdacht, dass Nord-

„Nordkorea schmuggelt Luxuslimousinen und Linienflugzeuge über ein kompliziertes Firmengeflecht.“

korea Güter über Linienflüge exportiert. So habe Nordkorea in der Vergangenheit bereits Raketentechnologie an den Iran geliefert. Neben dem Iran gebe es im Nahen Osten und in Südasien noch weitere Abnehmerländer. Auch an Eritrea seien Waffen geliefert worden.

Schmuggel von Kampfflugzeugen

Eine neulich aufgeflogene Masche der nordkoreanischen Regierung besteht darin, Schiffe, welche der nordkoreanischen „Ocean Maritime Management“ (OMM) gehören, umzubenennen, an einen neuen Inhaber zu übereignen und unter falscher Flagge fahren zu lassen. So können internationale Häfen angefahren und Geschäfte bedenkenlos abgewickelt werden. Zudem haben die Besatzungen die Funkkontakte verschlüsselt, Fahrtenbücher gefälscht und das Ortungssystem ausgeschaltet. Das Unternehmen ist inzwischen auf eine schwarze Liste gesetzt worden. An Bord eines der Schiffe waren Waffenlieferungen von bedeutendem Umfang gefunden worden: Neben konventionellen Waffen befanden sich zwei zerlegte MiG-21-Jagdflugzeuge an Bord. Das Schiff war in Kuba beladen und im Panama-Kanal kontrolliert worden.

Neben den besagten Ländern gelingt es dem nordkoreanischen Regime mittels Scheinfirmen und Strohmännern, in vielen weiteren Ländern tätig zu sein, darunter Ägypten, Brasilien, Griechenland, Japan, Malaysia, Peru, Russland, Singapur und Thailand. In Singapur und Kuba soll Nordkorea verbotene Waffengeschäfte auf dem Gelände der dortigen Botschaften durchgeführt haben. Die Privilegien von Diplomaten nutzt Nordkorea häufig aus: Im Gepäck von Diplomaten werden nicht selten Drogen und Falschgeld transportiert.

Wie bereits berichtet, ist Nordkorea auch in Polen tätig. Dort wurden mehrere Scheinfirmen gegründet, welche nordkoreanische Arbeiter an polnische Firmen vermitteln und erhaltene Gelder nach Nordkorea überweisen.

Neue Finanzsanktionen gegen Nordkorea geplant

Ende März 2017 kündigten die Vereinigten Staaten von Amerika an, sich um umfassende Sanktionen gegen Nordkorea zu bemühen, wodurch Nordkorea auf dem globalen Finanzmarkt noch stärker isoliert werden soll.

Die Maßnahmen sollen sowohl auf diplomatischem Wege als auch mit wirtschaftlichen Mitteln durchgeführt werden. Innerhalb der US-Regierung finden nun auch Erwägungen statt, welche darauf zielen, chinesische Banken und Firmen, welche international am meisten in den Handel mit Nordkorea verwickelt sind, zur Aufgabe verbotener Geschäfte zu zwingen. Insbesondere kleine chinesische Banken kooperieren in großem Umfang mit Nordkorea. Diese könnten durch sogenannte „Sekundärsanktionen“ wirtschaftlich unter Druck gesetzt und – in letzter Instanz – vom internationalen Finanzsystem ausgeschlossen werden. Ende März hatten die USA bereits elf Nordkoreaner und eine nordkoreanische Firma mit Sanktionen belegt, welche UN-Sanktionen umgangen hatten.

Neben den Finanzsanktionen sind auch weitere Maßnahmen im Gespräch, die zur Beschlagnahmung jeglichen Vermögens der Kim-Dynastie außerhalb Nordkoreas führen sollen.

Ende 2016 waren bereits verstärkte Handelssanktionen in Kraft getreten, welche es Nordkorea deutlich erschweren sollen, an Geld zu kommen. So wurde der Handel mit Kupfer, Silber und Zink verboten. Auch der Ankauf von in Nordkorea hergestellten großformatigen Skulpturen, welche insbesondere von afrikanischen Führern bestellt werden, die sich damit selbst Denkmäler setzen, wurde verboten. Hierdurch hatte Nordkorea jährlich zweistellige Millionenbeträge erwirtschaften können.

Gegenstimmen sind der Ansicht, dass auch strengere Sanktionen Nordkorea nicht in die Knie zwingen würden. Die nordkoreanische Regierung führe alle verfügbaren Mittel immer zunächst dem Militär zu. Sanktionen würden die militärische Entwicklung Nordkoreas daher nicht ausbremsen, sondern gingen zu Lasten der Bevölkerung.



US-Präsident Trump möchte die Sanktionen gegen Nordkorea verschärfen.

Bild: Von Gage Skidmore, CC BY-SA 3.0.

Impressum

Nordkorea Report

Redaktion: Christian Seiler, Yulbin Kim, Marvin Müller, Linda Fiene, Ulrike Lessenthin, Martin Lessenthin (ViSdP).

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

Deutsche Sektion e.V. • Borsigallee 9 • 60388 Frankfurt am Main
Tel: 069-420 108-0 • Fax: 069-420 108-33
eMail: info@igfm.de • www.igfm.de / www.menschenrechte.de
<https://www.facebook.com/igfmdeutschland>

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft

IBAN: DE04 5502 0500 0001 4036 01, BIC: BFSWDE33MNZ

Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.





China: Nordkoreanische Flüchtlinge

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Borsigallee 9, 60388 Frankfurt a.M., www.menschenrechte.de

Flüchtlinge nicht in den Tod schicken!

China schiebt Flüchtlinge aus Nordkorea in ihre Heimat ab. Dort erwarten sie Arbeitslager, Folter und Tod. Südkorea nimmt alle Flüchtlinge aus dem Norden auf, dennoch lässt China die Nordkoreaner nicht dorthin ausreisen.

Was passiert mit den Petitionen?

Die IGFM sammelt so lange Unterschriften, bis China aufhört, Flüchtlinge nach Nordkorea zu deportieren. Die IGFM übergibt die Unterschriften regelmäßig der chinesischen Regierung und fordert sie auf, die Abschiebungen zu beenden.

Appell:

Mit meiner Unterschrift fordere ich die chinesische Regierung auf, alle Flüchtlinge aus Nordkorea nach Südkorea ausreisen zu lassen.



| Name | Adresse | Unterschrift |
|------|------------------------------------|--------------|
| | optional: eMail für weitere Infos: | |
| | optional: eMail für weitere Infos: | |
| | optional: eMail für weitere Infos: | |
| | optional: eMail für weitere Infos: | |
| | optional: eMail für weitere Infos: | |
| | optional: eMail für weitere Infos: | |
| | optional: eMail für weitere Infos: | |
| | optional: eMail für weitere Infos: | |
| | optional: eMail für weitere Infos: | |
| | optional: eMail für weitere Infos: | |

Bitte einsenden an die: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Borsigallee 9, 60388 Frankfurt am Main; info@igfm.de, Tel.: 069-420108-0
Zum Datenschutz: Selbstverständlich wird Ihre Adresse nicht für kommerzielle Zwecke verwendet.



China: Nordkoreanische Flüchtlinge nicht abschieben!

Zeichner: Ali Soozandeh.
Aus dem Film "Camp 14",
einem Film über ein Leben
im Lager in Nordkorea.
www.camp14-film.com



In Nordkorea werden über 150.000 Menschen in Lagern willkürlich als Arbeitssklaven gefangen gehalten. Flüchtlinge berichten von Folter, Vergewaltigungen und öffentlichen Hinrichtungen. Die meisten der Gefangenen sterben bereits bevor sie das 50ste Lebensjahr erreicht haben an den Folgen von chronischem Hunger und Überarbeitung. Tausende Nordkoreaner wagen jedes Jahr die Flucht in das benachbarte China, um Hunger und Verfolgung zu entkommen. Doch die Volksrepublik liefert alle aufgegriffenen Flüchtlinge aus. In Nordkorea erwarten sie Folter und Tod.

In Nordkorea sind sechs außerordentlich große Hauptlager bekannt, daneben etwa 200 kleinere Nebenlager und andere Strafeinrichtungen. Die exakte Zahl der Häftlinge ist unbekannt, die Schätzungen der Vereinten Nationen und anderer Institutionen schwanken zwischen 154.000 und 250.000 Menschen, die aus nichtigen Gründen – oder völlig ohne Grund – ein Sklavendasein fristen. Manche sind in Haft, weil Vorfahren von ihnen aus Südkorea stammten, andere weil Familienangehörige nach China geflohen sind.

China bricht Völkerrecht

Mit der Abschiebung nordkoreanischer Flüchtlinge in ihr Herkunftsland bricht China bindendes Völkervertragsrecht. China ratifizierte beide Abkommen der Genfer Flüchtlingskonvention aus den Jahren 1951 und 1967. Artikel 33 (1) der Konvention von 1951 – der sogenannte Non-Refoulement Grundsatz – besagt: „Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit (...) bedroht sein würde.“ Die Vereinten Nationen haben darüber hinaus festgestellt: „Als Teil des Folterverbots des Völkergewohnheitsrechts, das den Rang von zwingendem Recht (jus cogens) erlangt hat, ist das Verbot von Refoulement bei einer solchen Gefahr für alle Staaten bindend, auch für jene, die den einschlägigen Verträgen noch nicht beigetreten sind.“ [UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR): Leitlinien zur Auslieferung und zum Internationalen Flüchtlingsschutz.]

zur IGFM

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Borsigallee 9, 60388 Frankfurt a.M., Tel.: 069-420108-0, Fax: 069-420 108-33, www.menschenrechte.de, info@igfm.de, <https://www.facebook.com/igfmdeutschland>

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)
Spendenkonto: 1403601, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ: 55020500; www.igfm.de/online-spenden/
IBAN: DE04 5502 0500 0001 4036 01, BIC: BFSWDE33MNZ

mehr Infos unter:

www.igfm.de/nordkorea



Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

www.menschenrechte.de

